

Zwang herrscht.
Es wird emp-
funden für Unter-
zu lösen.

ndient —
irchlich mit „allen
ine Kraft im Zeit-
die Rede von dem
im im Ru appe-
schirr, Aufnehmer,
malen Reinigungs-
eines Wasser.

morgigen Sonn-
ethel-Mission ihr
0 Uhr findet die
stalt. Die Nach-
mittags um 3
ngünstigem Wei-
im Affapheum
3 Uhr für die
für die gesunde
Herr. Dr. Mil-
in Bumbuli be-
re Freunde wer-

n.

nd Westpolitia:
alle in Betbel.

el

bend

31, 20 Uhr

opran), Herr
eine Frauen-
J. P. Seiler.
d Arbeiten

opransolo mit
v. Lilienkron,
Flaischlen etc.
otfried Keller)

igt zum Eintritt
on.

, Dauer-Salz-
ca. 600 = Mk. 22,-
ca. 300 = Mk. 14,-
ca. 150 = Mk. 8.50
ge jedoch tafelfertig
Altona E. 357.

optik

/ Fernr. 1012

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelieferter 10 Bfg. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Bfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Bfg.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 215.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 15. September 1931.

13. Jahrgang.

Für die Zunge der beste Gewinn ist's unter den
Menschen.

Wenn sie gespart wird, und sie gefällt mir, wenn sie
das Wort hält;

Haft du was Schlimmes gesagt, — bald wirst du
noch Schlimmeres hören.

Sefiod.

12. Westfälischer Beamtentag.

Wenn in einer Provinz, in der das Wirtschaftsleben
jeder Art in einer Weise puffert wie in wenigen anderen
Distrikten unseres Vaterlandes, sich tausend und mehr
Vertreter des deutschen Beamtentums zu Beratungen zu-
sammenfinden, so muß eine solche Tagung Beachtung fin-
den. Am Sonnabend und Sonntag waren die Vertreter
des deutschen Beamtentums der Provinz Westfalen in
Bielefeld versammelt. In den Bielefelder Zeitungen war
ihnen ein persönlicher Gruß des Herrn Oberbürgermeisters
von Bielefeld entbieten. Bielefeld ist keine Beamtenstadt
wie Minden, Münster und andere Städte, wo die Behör-
den des Landes residieren und einem großen Teil des
übrigen Bürgertums die Existenzbedingungen schaffen.
Aber doch haben die Bielefelder Bürger dieser Beamen-
tagung ihr lebhaftes Interesse entgegengebracht. Das
zeigte sich auch darin, daß der Oberbürgermeister
Dr. Stapenhorst an der Eröffnungsversammlung teil-
nahm und der Tagung einen sehr warmen und herzlichen
Gruß aussprach. Er wünschte, daß die Tagung dazu bei-
tragen möge, daß das deutsche Volk wehrhaft und einig
werde, wie es Beispiele sehe in Hermann dem Cherusker
auf der Grotenburg bei Detmold und in Herzog Witte-
kind, der in der Kirche zu Enger begraben liegt, und daß
es gerecht und sozial denken und handeln lerne, wie es
ein Beispiel an Vater Bodelschwingh und seinem Werke
am Fuße der Sparenburg und an anderen Orten unseres
Vaterlandes sehe. Aber Bielefeld war auch noch durch
andere seiner Bürger vertreten, die im politischen Staats-
leben stehen, den Minister Severing und den Reichs-
tagsabgeordneten Schreck. Letzterer grüßte die Ver-
sammlung im Namen der Abgeordneten, meinte aber, man
solle besser von Wehrhaftigkeit, von der der Oberbürger-
meister gesprochen hatte, nicht reden, sondern stärker den
Abwehrgeanken betonen.

Oberpräsident Gronowski von Münster nahm das
Wort für die Behörde. Er wies auf den Ernst der Zeit
hin, sprach davon, daß in den letzten Monaten recht viel
und unfreundlich über die Beamten gesprochen und ge-
schrieben worden sei, daß die Beamten keine Halbgötter
seien, Kritik vertragen könnten, diese dürfe aber nicht
ausarten und sie tun dann weh, wenn diese Kritik an
Beamtentum und Beamten Einkommen von denen aus-
ginge, denen es noch wesentlich besser geht als den Be-
amten. Er bat die Beamten, auch ferner treu ihre Pflicht
zu tun und sich besonders in dem kommenden schweren
Winter als willige und treue Helfer der Hilfe- und Rat-
suchenden zu zeigen.

Die Verhandlungen wurden geleitet von dem Vor-
sitzenden der Westfälischen Gruppe des deutschen Be-
amtentums, Herrn Baumhoff. In seiner Eröffnungs-
rede ging Herr Baumhoff in sehr ernster und eindring-
licher Weise auf das Wesentliche ein, was in dieser schwe-
ren Zeit die Herzen der Beamten und aller Staatsbürger
bewegt. Er betonte, daß es der Beamtentum immer ver-
mieden habe, sich aktiv an den rein politischen Kämpfen
zu beteiligen, er halte es aber für nötig, in dem gewor-
denen Staat höchste Pflichterfüllung zu üben und mit dar-
an zu arbeiten, daß der Staat all seinen Bürgern ein
Vaterland werde, das sie lieben und verteidigen können.
Wenn es sich darum handele, welche Form der Wirtschaft
für den Staat gegeben sei, gelte es, ernst zu prüfen,
ob die Zeit nicht dafür reif ist, sich nach anderen als den
bisherigen Formen umzusehen. Der Ansicht, daß die bis-
herige kapitalistische freie Wirtschaft die einzig mögliche
und richtige sei, stellte er die Frage gegenüber, ob Vor-
kommnisse wie der Zusammenbruch der Danabank, ihren
Ursachen und Folgen und manche andere Fehlmaßnahmen
der Wirtschaft nicht anregen müßten, nach Besserem aus-
zuschauen. In bezug auf die Verwaltungsreform betonte
Herr Baumhoff, daß die Beamtenschaft selbst am aller-
besten wisse, wo die Schäden lägen und sie sträube sich
nicht gegen eine Reform, die zugleich mit Reformen der
Wirtschaft dem Staats- und Wirtschaftsleben eine Funda-
mentierung gebe, die der Allgemeinheit nütze.

Ueber „die Beamten in den Wirren der Zeit“ sprach
Bundesdirektor Penz aus Berlin. Auch er übte an For-
men und Maßnahmen der Wirtschaft, wie sie sich durch die
Konzernbildung und deren Preispolitik zeigen, ernste

Kritik. Im übrigen behandelte er die Notverordnungen
der Regierung, die die Interessen der Kommunal- und
Staatsbeamten stark berühren. In kenntnisvollen Aus-
führungen legte er die Klagen und Wünsche der Beamen-
schaft dar, und die Regierung wird guttun, den von der
Versammlung gefaßten Entschlüssen weitgehendste
Beachtung zu schenken.

„Vom Wagen zum Wagen. Der Stand der Reichs-
reform“, das war das Thema, welches Ministerialdirektor
Dr. Brecht, Berlin, behandelte. Der Herr Vortragende,
der wahrscheinlich an den Plänen der Reichsreform, so-
weit sie von der Regierung selbst bearbeitet werden, selbst
stark beteiligt ist, beherrschte die Materie meisterhaft und
wußte in der ihm zur Verfügung stehenden kurzen Zeit
alles Wesentliche zum Vortrag zu bringen. Ein geschicht-
licher Rückblick und eine Erläuterung der geographischen
Begriffe führten in die Pläne ein, die durch Krieg und
Staatsumwälzung beschleunigt, zu den Vorschlägen füh-
ren, die in den letzten Wochen vom preussischen Finanz-
minister Höpker-Mischoff in eine Form gebracht sind, mit
der wohl auch der Ministerpräsident Braun und sicher mit
ihm seine politischen Gefinnungsgeoffenen einig gehen.

Nachdem in der Aussprache einige Redner zu den Vor-
trägen Stellung genommen hatten, unter anderen auch
der deutsche nationale Landtagsabgeordnete Ebersbach,
der wünschte, daß in den anzunehmenden Entschlüssen
deutlich zum Ausdruck gebracht werde, daß die Haupt-
ursache der deutschen Not der Versailler Vertrag sei, und
der darauf hinwies, daß die Verfechter des Reichsreform-
gedankens in der von Dr. Brecht besprochenen Fassung
den politischen Richtungen angehören, die zur Zeit die
Staatsmacht in Händen haben, nahm gleich der preussische
Innenminister Severing das Wort, um die von dem
Abgeordneten Ebersbach etwas auf das politische Gebiet
gedrängte Diskussion auch in seinem Sinne auszunutzen.
Der Minister ist als schlagfertiger Redner bekannt, der
sich auch über für ihn etwas heikle Situationen mit bei-
sender und humorvoller Satire hinwegzuhelfen weiß.
Wenn er dem Vorredner die Frage vorlegte: Wodurch
kam denn das Versailler Diktat? so konnte er sich auf
diese Frage leicht die Antwort geben: „Durch den Krieg.“
Würde man aber weiter gefragt haben: Woher kam denn
der Krieg? so wäre eine Antwort auf diese Frage dem
Herrn Minister wahrscheinlich nicht so leicht geworden.
Aus der Haltung der Versammlung ließ sich nicht recht
feststellen, welcher Auffassung in diesem Punkt die Mehr-
heit zuneigte, wenn auch zu merken war, daß der Wunsch
des Abgeordneten Ebersbach in der Versammlung ein leb-
haftes Echo fand. Ein zweites Mal griff Minister Seve-
ring in die Diskussion ein, um auf Aufforderung Stellung
zu nehmen zu den Notverordnungsbestimmungen, die das
preussische Beamtentum angehen und hier starke Beun-
ruhigung hervorrufen. Der Minister betonte sehr nach-
drücklich, daß an eine Befristung des Berufsbeamen-
tums nicht gedacht werde und daß es für ihn selbstver-
ständlich sei, alle Gehaltsfragen nach den Gesichtspunkten
weitgehendster sozialer Gerechtigkeit zu behandeln.

Die Verhandlungen der Tagung gaben Zeugnis von
der wohlwollenden Diszipliniertheit des Beamtentums
und der Vorsicht, die es in seinen verschiedenen
Ansprachen immer wieder, daß die Beamtenschaft wohl
gewillt sei, die Interessen ihres Standes zu wahren, so
weit es sich mit gutem Gewissen und dem Allgemein-
interesse vereinbaren ließe, daß sie sich aber auch in der
Opferbereitschaft für die Notleidenden und Schwachen
von keinem anderen Stande übertreffen lassen werde.

Der Sonnabendabend hatte ein musikalisches Pro-
gramm, das von Kräften aus der Beamtenschaft Bielefelds
in anerkennenswerter Weise bestritten wurde. Orchester
und Gesangsverein („Komba“ und Polizeibeamten-Gesangs-
verein) mußten sich zu Zugaben verstehen. Einzige Unter-
brechung war eine kurze, kernige Ansprache des Biele-
felder Kartellvorsitzenden, Herrn Obersteuerssekretär
Bude.

Am Sonntag 11 Uhr fanden sich die Teilnehmer in
der schönen Musikhalle (Oetherhalle) ein, um noch einen
Vortrag des Reichsministers Treviranus entgegenzu-
nehmen. Der Herr Reichskanzler, der erst die feste Absicht
hatte, an der Tagung der westfälischen Beamten teilzu-
nehmen, aber nun doch verhindert war, grüßte durch ein
Telegramm. Minister Treviranus versuchte, in glänzender
Rede die Maßnahmen der Regierung zu begründen und
zu rechtfertigen. Das war keine leichte Aufgabe. Die
Versammlung wahrte auch hier die Disziplin. Aber er
etwas kennt von Versammlungsstimmung, konnte merken,
daß nur preussische Beamtendisziplin den Widerspruch zu-
rückhielt, der in der Luft lag.

Durch eine kurze Ansprache des Vorsitzenden fand die
Tagung ihren Abschluß.

Preissenkung und Löhne.

Das Reichskabinett glaubte vor ungefähr Jahresfrist,
eine Verbilligung der Lebenshaltung u. a. auch durch
Senkung der Löhne und Gehälter erreichen zu können.
Man ließ es zu, daß die Lohnsätze herabgesetzt und die
Gehälter der Angestellten wesentlich gekürzt wurden.
Dadurch ist das Einkommen der deutschen Arbeitnehmer
in den letzten sechs Monaten erheblich geringer gewor-
den. Verschärft wurde dieser Rückgang durch die stei-
gende Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen ist
nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung
im zweiten Vierteljahrsbericht 1½ Millionen größer als
im zweiten Vierteljahr 1930. Das bedeutet einen Ein-
kommensausfall von rund ¾ Milliarden RM. Hierzu
kommt die Senkung der Tariflöhne und -gehälter, was
einen weiteren Lohn- und Gehaltsausfall von rund 400
Millionen Mark ausmacht. Daraus ergibt sich, daß die
Arbeitnehmer im Jahre 1931 gegenüber dem gleichen
Zeitraum des Vorjahres einen Verlust von 1,25 Milliar-
den Mark erlitten haben. Ein weiterer Verlust ist ent-
standen durch die Erhöhung der Steuern und der sozia-
len Lasten. Diese Zahlen zeigen, daß die Kaufkraft der
Arbeitnehmer stark gelitten hat, was naturgemäß eine
weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge hat.

Interessant ist nun die Frage, ob die Preissenkung
mit dieser Verminderung des Arbeitseinkommens glei-
chen Schritt gehalten hat. Es wird wohl schwierig sein
hierüber genaue Angaben zu machen. Das Institut für
Konjunkturforschung glaubt an Hand des Lebenshal-
tungsindex annehmen zu können, daß die Preise gegen-
über den ersten sieben Monaten des Vorjahres bis zum
August dieses Jahres um 7 Prozent gesunken sind. Am
stärksten haben die Preise für Bekleidung und Ernährung
nachgelassen. Dagegen sind die Wohnungsausgaben noch
um 2,6 Prozent höher als im Vorjahr. Galt man diesen
Feststellungen gegenüber, daß nach aus obiger Quelle
stammenden Angaben das Einkommen der noch arbei-
tenden Arbeitnehmer um mehr als 12 Prozent zurückge-
gangen ist, dann ergibt sich, daß der Rückgang der Preise
die Senkung des Nominaleinkommens kaum zur Hälfte
ausgeglichen hat. Man sieht also, daß die Löhne dem
Druck viel rascher nachgegeben haben als die Preise. Es
ist also das eingetreten, was beim ersten Lohn- und Ge-
haltsabbau vorausgesagt wurde, nämlich, daß die Kauf-
kraft der Arbeitnehmer erheblich herabgedrückt würde.
Inwiefern diese verminderte Kaufkraft durch Mehrauf-
wendung für die Arbeitslosen wieder ausgeglichen wird,
kann man nur schätzungsweise vermuten. Tatsache
bleibt, daß ganze Industriezweige eine Verschärfung
ihrer ungünstigen Lage erfahren haben.

Das Institut für Konjunkturforschung hat auch zum
ersten Male eine Uebersicht über die Einsparungen ge-
geben, welche die öffentliche Hand durch die zweimalige
Kürzung der Beamteneinkommen gemacht hat. Vor jeder
Gehaltskürzung wurde vielfach behauptet, daß derartige
Kürzungen keinen nennenswerten Erfolg bringen wür-
den. Nun wird aber mitgeteilt, daß die Einsparung für
das Jahr 1930 immerhin 750 Millionen Mark beträgt,
was unseres Erachtens für Reich, Länder und Gemeinden
eine beachtliche Minderausgabe bedeutet, die bei der heu-
tigen Finanznot den verantwortlichen Finanzverwal-
tungen nicht unwillkommen sein wird, so sehr ja die Be-
troffenen darunter zu leiden haben. Alle Angaben des
genannten Instituts zeigen aber, daß es weiter bergab
geht und nirgends der Silberstreifen zu sehen ist, der
eine bessere Zukunft ankündigt. Die Arbeitslosigkeit
steigt, und die Folge ist, daß Reich, Länder und Gemein-
den größere Ausgaben und weniger Einnahmen haben
werden. Wie lange sie es noch aushalten, ist die bange
Frage, die man stellen muß. W. W.

Gandhis Mission.

Freiheit für Indien.

Kurz nach Gandhis Ankunft in London fand eine
Begrüßung statt, bei der Gandhi erklärte: „Ich bin vom
Panindischen Kongreß hierher geschickt worden, um volle
Freiheit für Millionen stummer und halbberthungerter In-
der zu erlangen. Meine Freunde und ich sind gekommen, um
eine Friedensmission zu erfüllen, und ich hoffe, daß man,
wenn unsere Aufgabe beendet sein wird, nicht sagen wird,
daß wir die britische Gastfreundschaft mißbraucht haben.“
Gandhi gab erneut seinem Glauben an die Politik eines
nichtgewaltigen Vorgehens Ausdruck.

MacDonald, Baldwin und Henderson, die zu der Ver-
sammlung eingeladen waren, hatten Abfragen gestellt.

Die Wiederherstellung der zerstörten französischen Gebiete.

Der Kampf um die Revision der Reparationslasten hat begonnen. Das erste Hindernis, das sich diesem Kampf entgegenstellt, ist die Frage der Wiedergutmachung der zerstörten Gebiete, wozu wir gemäß Artikel 232 des Versailler Vertrages verpflichtet sind.

Diese Frage hat von jeher Frankreich ungemein interessiert. Schon kurz nach dem Kriege begann das Rätselfragen über die Höhe der Schäden. Der seinerzeitige Minister Loucheur erklärte am 17. Februar 1919 im Senat, daß die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete eine Ausgabe von 60 Milliarden Reichsmark erfordern würde. Am 5. November desselben Jahres verstieg sich der französische Minister Klotz, der später wegen Betruges ins Gefängnis wandern mußte, zu der kühnen Behauptung, daß die französische Gesamtforderung sich auf 107 Milliarden belaufe.

Anders lauteten dagegen die Schätzungen des deutschen und englischen Sachverständigen bei der Friedensdelegation in Versailles. Der deutsche Delegierte Max Urbig, ehemaliger Geschäftsführer der Diskonto-Gesellschaft, schätzte die Kosten der Wiederherstellung der von den Deutschen im Kriege besetzten Gebiete auf rd. 17,5 Milliarden Mark. Der bekannte englische Finanzfachmann Keynes vertrat dagegen die Ansicht, daß „die physischen und materiellen Schäden im zerstörten und besetzten Gebiet Nordfrankreichs kaum 10 Milliarden Reichsmark übersteigen dürften“ (Seite 103 „Wirtschaftliche Folgen des Friedensvertrages“).

Nicht uninteressant dürfte die Erwähnung sein, daß auch ein bekannter französischer Fachmann, der Verfasser „der umfassendsten und wissenschaftlichsten Schätzung des französischen Volksvermögens vor dem Kriege“ (Keynes) Herr René Ruyin, der Meinung war, daß die Materialschäden in dem besetzten Gebiet höchstens 12 Milliarden Mark ausmachen werden.

Und so sehen wir, daß die Fachleute, wie leider fast immer in ähnlichen Fällen, nicht einig waren. Die Reparationsfrage wurde damals vertagt und ihre Lösung blieb späteren Vereinbarungen vorbehalten.

Auch heute, wo die zerstörten Gebiete zum allergrößten Teil wieder aufgebaut worden sind, herrscht auch keine Einigkeit über die Kosten der Wiederherstellung. Der Finanzfachmann des „Temps“, der als gut unterrichtet gilt, hat in einer Reihe von Aufsätzen dargelegt, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit Zinsendienst usw. insgesamt 40 Milliarden Mark gekostet habe. Von deutscher Seite wird dagegen behauptet, daß die wirklichen Kosten nur 16 Milliarden ausmachen.

Welche Meinung ist nun richtig? Leider sind wir nicht in der Lage, beide Behauptungen auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen. Eins erscheint uns aber sicher. Daß bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete leichtfertig gehandelt worden ist. Schiebungen, Doppelzahlungen für das gleiche Objekt, Höherbewertung des vernichteten Eigentums usw. sollen vorgekommen sein.

Frrig ist jedenfalls die Meinung des französischen Finanzministers Glandin, daß Deutschland noch nicht alle Sachschäden ersetzt habe. Auch die Rechnung des „Temps“, daß wir bis jetzt lediglich 4 385 Millionen bezahlt haben, stimmt nicht. Das französische Blatt geht bei seiner Rechnung von den Zahlungen, die wir auf Grund des Dawesplanes geleistet haben, aus — vergißt mit Absicht die Sach- und die Leistungen zu erwähnen, die wir kurz nach Abschluß des Waffenstillstandes und bis zum Jahre 1924 vollbracht haben.

Die Not der deutschen Kinder.

„Die häusliche Erziehung des Kindes ist der einzige Beruf, für den keine Ausbildung gefordert wird.“ So ungefähr las ich kürzlich in einer Zeitschrift im Wartezimmer des Zahnarztes. Dieser Satz hat mich seitdem beschäftigt. Ja, aus dieser Tatsache entspringt die heutige Not unserer Kinder.

Für jeden Beruf gibt es eine besondere Fachschule, aber für den wichtigsten, das kommende Volk zu erziehen, gibt es keine. Infolgedessen erkennen die wenigsten Väter und Mütter ihre heiligsten Pflichten und versagen vollständig bei der Erziehung des Kindes. Daß diese am ersten Lebenstag beginnen muß in Form von Gewöhnung, wissen sie nicht. Das Kind sollte nachts still sein und am Tage seine Lungen durch Schreien dehnen. Aber es macht es lieber umgekehrt und bringt die Nerven der Eltern und den ganzen Haushalt in Aufruhr und Unordnung. Das Kind wird zur Last, die man sich nicht ein zweites Mal aufbürden möchte. Die Eltern mußten nicht, daß sie in wenigen Tagen und Nächten ihr Kind, das Gottesgeschenk, zur Ordnung hätten erziehen können, das ihnen eine immer sprudelnde Quelle der Freude geworden wäre.

Ist das Kind „aus dem Größten heraus“ und schreit es nachts nicht mehr, dann ist es Tags über ein rechter Quälgeist für die Mutter. Es „will“ dies und das und noch etwas und wenn es das Gewünschte hat, weiß es damit nichts anzufangen, reißt irgend etwas herunter, macht kaputt, was es erreichen kann, und — fühlt sich dabei höchst unglücklich und unzufrieden.

Eine Geschäftsfrau klagte mir im Laden über ihr dreijähriges Kind: „Es ist zu anspruchsvoll. Es kriegt schon alles, was es haben will und ist doch nicht zufrieden.“ Die arme Frau mußte nicht, daß sie schuld war an der Unzufriedenheit ihres Kindes und der ihr daraus erwachsenen Last.

Endlich kommt das Kind zur Schule und ist viele Stunden des Tages beschäftigt. Gewiß eine große Hilfe für die häusliche Erziehung; aber eben doch nur eine

Was wir stets bedauert haben und noch bedauern, ist die Tatsache, daß die deutsche Regierung es noch nicht für nötig erachtet hat, eine offizielle genaue Aufstellung unserer bisherigen Leistungen zu veröffentlichen. Für die Klärung der Reparationsfrage ist aber eine solche Aufstellung unerlässlich.

Außerdem bedauern wir, daß die deutsche Regierung auf die Behauptungen des Finanzministers Glandin und des offiziellen „Temps“ nicht reagiert. Wir Deutschen wissen, was wir von den französischen Behauptungen zu halten haben. Das Ausland dagegen nicht. Wenn wir schweigen, wird daraus gefolgert, daß die Franzosen doch recht haben. Der Kampf um die Revision der Reparationslasten ist ein schwerer Kampf. Sind wir gewillt, ihn zu gewinnen, dann müssen wir alle Waffen, die uns zu Gebote stehen, gebrauchen, und nicht zuletzt die Propaganda. E. F. R.

Briand...

Erstaunlich schnell ist Briand wieder gesund geworden. Kaum lag das Haager Urteil über die Zollunion vor, schon war der eben noch schwerkranke Briand am Sonntag in Genf in der fröhlichen Runde der Völkerbundsmittglieder.

Briand hat halt und gründlich Rache an Curtius dafür genommen, daß er nicht zum Präsidenten von Frankreich gewählt worden ist. Hatte damals der Gedanke der österreichisch-deutschen Zollunion die Präsidentenhoffnung Briands vernichtet, so hat Briand dafür nicht nur die Zollunion abgemüht, sondern auch Curtius als Politiker unmöglich gemacht. Er ist nicht einen Augenblick früher nach Genf gekommen, als bis er wieder freundliche Phrasen sprechen konnte. Er hat die Kapitulation des deutschen Außenministers nicht selbst entgegengenommen. Er hat die Demütigung ausgerechnet dem künftigen französischen Botschafter in Berlin überlassen. Dazu kann er die Genugtuung haben, daß die deutsche Außenpolitik in diesem Zusammenhang so gut wie alle Fehler gemacht hat, die überhaupt gemacht werden konnten.

Als Ergebnis sollte Briand, dessen Präsidentenwahl schon an einem bescheidenen Versuch aktiver deutscher Politik gescheitert ist, erwarten können, daß Curtius schnell und endgültig von der politischen Bühne abtritt. Erfolgt das nicht, so kann er nunmehr sicher damit rechnen, daß Curtius nicht noch einmal einen ernsthaften Gegenstoß zu ihm riskieren wird. Im Mai bereits, als England die Ueberweisung der Zollunion nach dem Haag beantragte, stand die Isolierung der deutschen Politik in dieser Frage fest. Damals wäre — nachdem man schon rechtzeitige diplomatische Vorbereitungen vor der ersten Ankündigung der Zollunion vergessen hatte, die Möglichkeit gewesen, durch Rücktritt von Curtius die deutsche Stellung zu wahren und dazu dem Außenminister selbst einen anständigen Abgang zu verschaffen. Hätte man damals den Kampf in einer neuen Front aufnehmen können, so ist es nun zur Kapitulation gekommen, wobei der Inhalt des Haager Gutachtens beweist, daß man in dem Drang nach Liquidierung der Angelegenheit auch die letzte Möglichkeit der Rechtsverwahrung gegenüber dem durch faulstidliche Politik gekennzeichneten Mehrheitsgutachten aus der Hand gegeben hat.

Immerhin hat Curtius den Verzicht nur „in Erwartung eines fruchtbarer Ergebnisses der Arbeiten des Europäischen Studienausschusses“ ausgesprochen. Wie wenig von diesen Arbeiten zu erwarten ist, wissen wir. Soll Briand in die Lage versetzt werden, eines schönen Tages auch die „besondere Lage Deutschlands“ feststellen

Hilfe, nicht Ersatz. Denn abgesehen davon, daß das Kind den kleinsten Teil des Tages in der Schule zubringt, fühlt sich der (moderne) Lehrer auch nicht zum Erzieher berufen, sondern sieht seine Aufgabe lediglich in der Vermittlung des für seine Klasse vorgeschriebenen Wissens. Trotzdem wird das Kind durch die Schulordnung und den Unterricht zu vorher unbekannten und ungeübten Tugenden angehalten, lernt auch durch das enge Zusammenstehen mit vielen gleichberechtigten Altersgenossen die Grenzen seiner Freiheit kennen, aber zu einer ruhigen inneren Fortentwicklung gelangt es nur, wenn die häusliche Erziehung seinem Lebensweg vorher die bestimmte Richtung gegeben hat und es unmerklich darin weiterführt. Auch den Gefahren der Entwicklungsjahre, die von innen und außen an die Kinder beider Geschlechter herantreten, steht ein unergogenes Kind ungewappnet gegenüber; und wenn es später eine Ehe eingeht, ist es ebenso unfähig, sein Kind zu erziehen, wie es die eigenen Eltern waren.

Wo liegt nun der Fehler? Fehlt es an einer Fachschule?

Nein, es gab früher, ehe man an Fortbildungs-, Frauen- und sonstige Berufsschulen dachte, tüchtigere Handwerksmeister und Hausfrauen als jetzt, wo jeder ein Spezialfach studiert. Die Schule vermittelt Wissen, und „Lebung macht den Meister“. Aber der Erzieher braucht mehr, er braucht Weisheit.

„Die Furcht des Herrn ist der Weisheit Anfang.“

Ihr Eltern, die ihr nicht in der Furcht des Herrn erzogen worden seid und nicht wußtet, wie ihr eure Kinder erziehen solltet, laßt sie — ehe sie sich verheiraten — christliche Häuser, christliche Familien kennen lernen, daß sie sehen und hören und mit erleben, was die wahre Gottesfurcht in den Herzen und Häusern wirkt!

Dann werden wir in der nächsten Generation wieder Familien finden, wie sie Ludwig Richter uns gemalt und wie Matthias Claudius sie besungen hat. Dann brauchen wir nicht mehr über die Not der deutschen Kinder zu klagen, sondern können uns über Kinder- und Eltern Glück freuen. M. R.

zu können, von der heute angeht die völlige Ohnmacht bei Oesterreich die Rede ist? Will man weiter die Politik des Zu-spät-treiben, bis wir ohne französische Finanzhilfe überhaupt nicht mehr leben können? Briand sollte, im Hinblick auf den bevorstehenden französischen Besuch in Berlin, eigentlich wissen, daß Politiker, die bereit sind, weitere Kapitulationen vor Frankreich auszusprechen, keine Wechsel auf die Zukunft auszustellen vermögen.

Was fangen wir mit dem Ueberfluß an?

Es ist, als wollten die Menschen sich selbst vernichten. Nicht ihre Feinde, die ihnen ans Leben wollen, sondern ihre besten Freunde, die ihnen das Leben erhalten — die Nahrung, die Ernte. Ein paar Beispiele: Drei Eisenbahnwagen tschechischer Gurken, die nach Wien eingeführt wurden, aber nicht abgesetzt werden konnten, wurden in die Donau geworfen. In Delft wanderten zu gleicher Zeit und aus dem gleichen Grund 30 000 erstklassiger Gurken auf den Misthaufen. Gegenwärtig gehen bei uns tausende von Zentnern Obst zugrunde — unverkäuflich! In den Vereinigten Staaten jammert man über der überreichen Baumwollenernte, die preisdrückend wirkt. Verzweigungsvorschläge wurden debattiert: Ein Drittel der Baumwollenernte soll untergepflügt und vernichtet werden. In Brasilien ist's der Kaffee: man hat in einem Monat dort soviel vernichtet, wie die Schweiz in einem Jahr verbraucht. In Argentinien ist's der Weizen: man rettet sich vor dem goldgelben Ueberfluß, indem man ihn verheizt. Die Staaten Oklahoma und Texas leiden unter dem Delfegen. Truppen werden aufgeboden, um die Deltürme stillzulegen, damit die Preise wieder anziehen. Auf der Insel Ceylon wurde der Teeepflanze der Krieg erklärt. Man pflückte von jeder Teeepflanze statt 3 nur 2 Blätter und brückte so 1930 die Ernte um 75 Millionen Pfund herunter.

Warum dieser Vernichtungstaumel? Sind die Menschen überfressen? Reineswegs! Es gibt ganze Völker, die hungern. In China sterben sie zu Hunderttausenden am Hunger — und bei uns haben Tausende nicht das Nötige zu essen! Ja, wenn sie Geld hätten! Dann würden sich die Getreidespeicher öffnen. Dann setze ein Weltlauf der Lebensmittel ein. Aber weil ja das Geld fehlt, deshalb müssen die Lebensmittel verfaulen und müssen die Hungernden verderben. Das ist der fürchterliche Wahnsinn unserer Zeit. Wann endlich erfährt die Menschheit ein Grausen davor? Oder sollen wir mit sehenden Augen in den Abgrund hineintreiben? Wann endlich wird nicht das Geld, sondern der Mensch in den Mittelpunkt des Lebens gestellt? Wir sehnen uns nach der Wiederkehr jener Zeit, wo die Lösung hieß: Deckt mit eurem Ueberfluß den Mangel der Armen! Aus der wohlfühnigen Lösung: Zerstört, was ihr nicht verkaufen könnt, aber entstand jene lägenhafte Theorie, als ob die Erde nicht fähig wäre, die auf ihr Wohnenden zu ernähren.

Starker Rückgang des Eisenbahnverkehrs.

Einen Gradmesser für die gegenwärtige Krise stellt auch der erhebliche Rückgang des Eisenbahnverkehrs im zweiten Vierteljahr 1931 dar. Es wurden in den Monaten April bis Juni nur 421,2 Millionen Reisende gegenüber 480,2 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres befördert. Allein im Juni ging die Zahl gegenüber Juni 1930 um 37 Millionen von 173 auf 136 Millionen.

Etwas für Bräute und solche, die es werden wollen!

Seit einigen Jahren werden in dem Erholungsheim des Evangelischen Verbandes für die weibliche Jugend Westfalens in Sieker bei Bielefeld zehnwöchige Haushaltskurse veranstaltet. Sie stehen unter der Leitung von Betheler Diakonissen, denen Fachkräfte zur Seite stehen und bieten alles, was ein junges Mädchen zur Vervollkommenung im Haushalt bedarf: Unterricht im Kochen, Backen, Hauswirtschaft — das Heim hat eigene Landwirtschaft — Nähen jeglicher Art, Waschen, Putzen, Bügeln, auch in den feineren Künsten wie Servieren und Handfertigkeiten. Dazu kommt der theoretische Unterricht in Haushaltsführung, Lebenskunde, Heimgestaltung, Kranken- und Säuglingspflege. Die Kurse sind für den Bedarf des einfachen häuslichen und auf die besonderen Schwierigkeiten der Haushaltsführung der heutigen Zeit eingestellt.

Die Schülerinnen der Vorjahre haben alle mit großer Dankbarkeit das Haus verlassen, zumal in diesen Kurzen neben der Arbeit auch fröhliche und anregende Geselligkeit, z. B. regelmäßige Singstunden, gepflegt werden und auch, was bei der herrlichen Lage des Erholungsheimes leicht möglich ist, für die körperliche Befundung der Schülerinnen durch Gymnastikstunden, Wanderungen und dergleichen Sorge getragen wird. Das ganze Zusammenstehen der Jugend wird von dem lebendigen, das geistliche Leben fördernden christlichen Geist des Hauses getragen.

Der Verband hat im Blick auf die ganzen Zeitverhältnisse das Kursusgeld so niedrig wie möglich angesetzt. (Verpflegung täglich 2 Mark und Schulgeld für den ganzen Kursus 25 Mark.) Der 1. Kursus beginnt am Dienstag, den 13. Oktober, und schließt am Dienstag, den 22. Dezember. Der 2. Kursus dauert von 6. 1. bis 16. 3. 32.

Es ergeht also an die Töchter unserer christlichen Familien, die eine gute und billige Ausbildung in der Haushaltsführung suchen, die Aufforderung, sich bei der Heimleiterin, Diakonisse Marie Riemann, Bielefeld, Seker Nr. 256, baldigst zu melden, da zu jeder weiteren Auskunft gern bereit ist. Pastor Hammer Schmidt, Bielefeld.

nen zurück. Ganz deutlich zeigt sich hier einmal die Einschränkung des Berufsreiseverkehrs und zum anderen die Verminderung der Urlaubsreisen. Aber nicht nur die Zahl der Reisenden geht zurück, sondern auch die Länge der Reiseziele, da ganz allgemein nähere Reise-

ziele gewählt werden. Besonders beachtenswert ist auch der Rückgang der Sonderzüge. Im Juni 1930 konnte die Reichsbahn noch über 10 000 Sonderzüge fahren lassen, während es im Juni 1931 noch nicht einmal 4000 waren.

Gleiche Sicherheit für alle!

Curtius appelliert an das Weltgewissen. —

Offene Ablehnung der Legalisierung der Rüstungen.

— Genf, 14. Septbr.

Nach den Führern der italienischen, englischen und der französischen Delegation hat jetzt auch Reichsaussenminister Dr. Curtius in der Vollversammlung des Völkerbundes das Wort genommen. Zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen machte Minister Curtius die beiden Faktoren, die die Lage der diesjährigen Bundesversammlung bestimmen: die furchtbare wirtschaftliche Notlage der meisten Länder und die bevorstehende Abrüstungskonferenz. Nachdrücklich wandte sich der Vertreter Deutschlands dann gegen die französische, auch von Briand am Vortage wiederholte These: erst Sicherheit und dann Abrüstung, indem er mit erfreulicher Deutlichkeit die moralische und rechtliche Verpflichtung der Völkerbundsstaaten zur Abrüstung darlegte und nochmals feststellte, daß nicht Rüstungen, wohl aber die Abrüstung erst Sicherheit bringt.

Auf die Vollversammlung machte die Rede in ihrer klaren Gliederung und der Herausstellung der beiden wichtigsten aktuellen Fragen einen nachhaltigen Eindruck. Viel beachtet wurde auch die weitgehende Gemeinsamkeit der Auffassungen zwischen Deutschland, England und Italien, wie sie in den Reden der Führer dieser Abordnungen zum Ausdruck gekommen ist.

Von der Behandlung der Minderheitenfrage sah Minister Dr. Curtius diesmal ab, weil diese Frage ja auf den deutschen Antrag hin im Ausschuss noch eingehend zur Sprache kommen wird.

Die erste Hälfte der Rede des deutschen Außenministers behandelte die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Völker. Von den Staatsmännern, so führte er aus, erwarten die Völker, daß sie einen Ausweg aus der Not finden oder ihn wenigstens vorbereiten.

Die Gefahren der Wirtschaftslage haben sich aufs äußerste zugepunkt.

Niemand darf sich darüber täuschen, daß die Erde hebt, auf der der Bau unseres heutigen Wirtschafts- und Währungssystems sowie unserer Kultur aufgebaut ist. Die Regierungen müssen den Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenstoßes so umfassend wie möglich schon in der nächsten Zeit in die Wirklichkeit umsetzen. Noch ernster als die Krise der Industrie ist die der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft kann sich weniger durch Organisation ihrer Produktion helfen; auch die Ernteausspeicherung bringt nach den Erfahrungen keine Entlastung. Nur internationale Kooperation ist imstande, wirkliche Hilfe zu bringen.

Die Ursache der Finanzkrise.

Das Einfließen von Kapital aus den kapitalreichen in die kapitalarmen Länder hat ganz aufgehört, dazu haben die kapitalreichen Länder ihre kurzfristig angelegten Guthaben in einem niemals vorherzusehenden Umfang zurückgezogen. Die Geldgeber haben bei der Gewährung dieser Kredite, die ihnen jahrelang hohe Zinsen brachten, damit rechnen müssen, daß sie in den kapitalarmen Ländern häufig nicht unmittelbar liquide angelegt werden würden. Die Kreditnehmer durften daher stillschweigend voraussetzen, daß plötzliche Kündigungen nicht erfolgen werden. Die unvermeidliche Folge der Kreditkündigungen war denn auch der Zusammenbruch von Banken und das Eingreifen der Regierung.

Ihren Hintergrund haben diese Vorgänge in der Lage, die durch die politischen Schuldensetzungen geschaffen worden ist. Die gewaltigen, politischen Zahlungen von Land zu Land, erfolgten ohne wirtschaftliche Gegenleistungen, und ein Fortdauern dieser Entwicklung, d. h. die Ermöglichung der Zahlung politischer Schulden durch Drohung der Einfuhr und forcierte Steigerung der Ausfuhr muß für die gesamte Welt die verderblichsten Folgen haben.

Es ist ein geschichtliches Verdienst des Präsidenten Hoover, daß er in klarer Erkenntnis der Gefahr eine einjährige Pause für die politischen Schuldensetzungen vorgeschlagen und erreicht hat. Als Vertreter Deutschlands liegt mir daran, auch von dieser Stelle aus die Großzügigkeit des Hooverplanes und die Erleichterung, die er gebracht hat, anzuerkennen.

Das Feierjahr schafft nur eine Atempause. Die große Aufgabe, vor die sich die Welt gestellt sieht, ist jetzt die Herbeiführung einer Gesamtlösung, die der Krise wirklich ein Ende macht.

Alle internationalen Bemühungen hängen von einer elementaren Voraussetzung ab; das ist die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in den internationalen politischen Beziehungen. Allen Versuchen zur Wiederherstellung eines normalen Güter- und Kapitalverkehrs müßte ein dauerhafter Erfolg versagt bleiben, wenn dabei nicht in den politischen Beziehungen die Grundlage der

Gerechtigkeit und Gleichberechtigung

gewahrt würden. Der Völkerbund ist berufen, der Garant dieser Grundsätze auch da zu sein, wo die materielle Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Einzelprobleme nicht in seiner Hand liegt.

Wir müssen ganz offen davon sprechen, daß in vielen Ländern ein weitgehender Skeptizismus gegenüber den Genfer Institutionen und, was vielleicht noch schlimmer ist, eine wachsende Gleichgültigkeit zu beobachten ist. Gerade da, wo starke Hoffnung auf den Völkerbund gesetzt wurde, wächst die Enttäuschung über den Mangel greifbarer Erfolge.

Der Vertreter Großbritanniens hat die hervorragende Bedeutung unterstrichen, die der ganzen Entwicklung der internationalen Beziehungen, der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zukomme, einer Annäherung, die, wie ersagt, nicht nur in Worten, sondern in Handlungen bestehen muß. Lord Robert Ce-

ell kann davon überzeugt sein, daß sich die deutsche Regierung dieser Bedeutung voll bewußt ist.

Auf die Abrüstungsfrage übergehend, erinnerte Minister Dr. Curtius dann daran, daß die Säugung des Völkerbundes der Welt die Abrüstung verkündet hat und die Abrüstungsfrage damit zur Schicksalsfrage des Völkerbundes geworden ist. Der Anregung des italienischen Außenministers, ein Rüstungs-Ferienjahr einzulegen, stimmte Minister Dr. Curtius zu, betonte aber gleichzeitig, daß Deutschland diesen Gedanken mit der Regierungserklärung zum Hoover-Plan gleichsam schon vorweg genommen habe. Alle Bemühungen um die Befestigung des Krieges würden aber Stückwerk bleiben, wenn nicht das System der friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten vom Völkerbund so ausgebaut werde, daß es auch für die schwersten politischen Interessengegenstände eine gerechte und billige Regelung gewährleisten könne.

In der Ueberzeugung — so führte der deutsche Außenminister dann weiter aus — daß nicht Rüstung, sondern Abrüstung Sicherheit bringt, liegt ein entscheidendes Merkmal der im Völkerbund organisierten Staaten-Gemeinschaft gegenüber den früheren Methoden der internationalen Politik.

Die Sicherheit der Staaten ist nur dann eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens, wenn alle Staaten an ihr in gleichem Maße teilhaben. Die Völkerbunds-satzung kennt nur eine nationale Sicherheit für alle Bundesmitglieder. Sicherheit, begründet auf Uebergewicht der Rüstung, bedeutet stets Unsicherheit und Gefahr für die anderen an Rüstung unterlegenen Länder. Sie ist Mißtrauen und läßt unvermeidlich den Gedanken des Rüstungswettlaufes wieder aufleben, dessen völlige Befestigung einer der wesentlichen Zwecke der Gründung des Völkerbundes war. Wie sehr das Gefühl der militärischen Schutzlosigkeit gegenüber stark gerüsteten Nachbarn auf der Seele einer Nation lastet und ihr ganzes Leben bedrückt, das weiß jeder Deutsche, der die Auswirkungen solcher Zustände am eigenen Volke beobachtet.

Rüstungsausgleich gefordert

Man hat geltend gemacht, daß der Schutz, den der Völkerbund seinen Mitgliedern gewährt, problematisch bleibt, solange seine Machtmittel nicht durch den Ausbau anderer Teile des Paktes genau bestimmt und ihre Anwendung festgelegt seien. Aber ich bleibe der Ansicht, daß dieser Gedanke einen Trugschluß enthält.

Der Schlüsselstein des Gebäudes einer Friedensorganisation kann erst gesetzt werden, wenn durch einen vorherigen Ausgleich der Rüstungen sichergestellt ist, daß eine Bundesgewalt nur in paritätischer Weise gegen jedes Bundesmitglied, nicht aber mit Hilfe bestimmter starker gerüsteter Staaten gegen andere angewandt werden kann. Die Durchführung der Abrüstung, wie sie Artikel 8 der Völkerbunds-satzung vorsieht, bildet deshalb die Voraussetzung, ohne die an einen Ausbau des Zwangsverfahrens des Völkerbundes nicht gedacht werden kann. Das eigentliche Thema der Herabsetzung der Rüstungen darf auf der Konferenz nicht abhängig gemacht werden von Fragen, die erst nach Durchführung der Abrüstung gelöst werden können.

Mit Genugtuung stelle ich fest, daß hier in verschiedenen Erklärungen der Gedanke einer Verschärfung der Abrüstungskonferenz unzweideutig abgelehnt worden ist.

Die Aufgabe der Abrüstungskonferenz

Ist eine starke und wirksame Herabsetzung der Rüstungen. Zugleich muß der Weg festgelegt werden, auf dem das endgültige Ziel, wie es in Artikel 8 der Satzung bestimmt ist, erreicht werden soll. Angesichts der gewaltigen Unterschiede im Rüstungsstande würde eine bloße Umklammerung der Rüstungen auf den jetzigen Stand eine Anerkennung dieser Rüstungsunterschiede bedeuten und wäre einem Scheitern der Konferenz gleichzusetzen.

Vor mehr als einem Jahrzehnt hat man einer Anzahl von Staaten, darunter meinem Lande, unter dem Druck eines verlorenen Krieges die Verpflichtung zur Verminderung der Rüstungen auf einen Minimalstand auferlegt. Die Verpflichtung ist seit langem ausgeführt. Ich verweise auf die Tabellen über den deutschen Rüstungsstand, die die deutsche Regierung auf die Umfrage des Völkerbundes eingereicht hat und die dieser Tage verteilt worden sind. Sie zeigen, bis zu welchem Grade Deutschland abgerüstet hat, daß es keine schwere Artillerie, keine Militärflugzeuge, keine Tanks, keine Unterseeboote mehr besitzt. Sie zeigen, daß Deutschland zum Teil sogar unter den ihm auferlegten Ziffern des Vertrages von Versailles geblieben ist.

Uneingelöste Versprechungen.

Den Verpflichtungen, die Deutschland im Jahre 1919 übernahm, steht das bindende Versprechen der anderen Staaten gegenüber, daß die Entwaffnung Deutschlands dazu dienen soll, die allgemeine Abrüstung der anderen Staaten einzuleiten; die deutsche Abrüstung soll der erste Schritt für eine allgemeine Abrüstung sein. Zwölf Jahre sind festsitzend versprochen, und seit fünf Jahren gehört Deutschland dem Völkerbunde an, ohne daß diese Versprechungen eingelöst worden sind. Wenn jetzt endlich die Abrüstungskonferenz zusammensteht, so kann vom deutschen Volke nicht verlangt werden, daß es sich mit einer Legalisierung der gegenwärtigen Rüstungsverhältnisse abfinde. Eine starke, wirksame Verminderung der Rüstungen der stark gerüsteten Staaten ist daher für Deutschland die unerlässliche Vorbedingung für das Gelingen der Konferenz.

Wenn die Abrüstungskonferenz zu einem politisch erträglichen Ergebnis führen soll, muß sie überdies dafür sorgen, daß künftig auf dem Gebiete der Rüstungsbeschränkung nicht internationale Rechtsfälle zweierlei Charakters nebeneinander bestehen bleiben, je nachdem es sich um im Weltkriege unterlegene oder um andere Staaten handelt.

Der Ausgangspunkt muß die Gleichberechtigung aller Staaten sein, so daß innerhalb der Völkergemeinschaft nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen wird. Es muß für alle die gleiche Methode bei der Herabsetzung und Eliminierung der einzelnen Rüstungsarten gelten. Wäre dies nicht der Fall, so würde die Konvention nicht die psychologischen und moralischen Voraussetzungen erfüllen, unter denen das deutsche Volk ihr beitreten kann.

Geben wir unseren Delegierten für die Konferenz die weitestgehenden und weitestgehenden Instruktionen. Das Maximum, nicht das Minimum der Abrüstung, muß die Richtschnur unserer Verhandlungen sein. Nur wenn die Staaten, vor allem die waffenmächtigen, einer kühnen und weitstehenden Abrüstungs- und Friedenspolitik die nötigen Opfer bringen, kann die Welt von dem Alpdruck befreit werden, der auf ihr lastet.

Es handelt sich hierbei noch um etwas anderes, als um die Ersparnisse in den nationalen Budgets und um Grade der Sicherheit der einzelnen Länder: Es handelt sich, ich wiederhole es, um das Schicksal des Völkerbundes selbst. Versagt der Völkerbund gegenüber dieser Aufgabe, dann hört er auf, das zu sein, was die Völker und wir alle von ihm erwarten. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde dem Völkerbund die moralische Autorität nehmen in einer Welt politischer Spannungen, die nach einem friedlichen und zweckvollen Ausgleich suchen.

Zum Schluß der Sitzung billigte die Vollversammlung noch einstimmig die Aufnahme Mexikos in den Völkerbund.

Paris ist unzufrieden.

Kritik an der Curtiusrede.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Matin“ befaßt sich mit der Rede von Dr. Curtius im Völkerbund und behauptet, daß sie weder ihrer Form noch ihrem Inhalt nach geeignet sei, eine günstige Atmosphäre für den französischen Ministerbesuch in Berlin vorzubereiten. Während Briand streng im Geiste des Völkerbundes geblieben sei, habe Dr. Curtius die öffentliche Meinung Frankreichs in keiner Weise geschont.

Dr. Curtius habe in der Zahlung der politischen Schulden die Hauptursache für die finanzielle Krise des Reiches finden wollen, während Deutschland in mehreren Monaten dreimal so viel Geld erhalten habe, wie es bezahlt habe. Die Sprache, die Dr. Curtius geführt habe, sei nicht die, die ein Reichsaussenminister in der gegenwärtigen Lage Deutschlands und der Welt führen könnte und dürfe.

Dagegen meint „Journal“, Dr. Curtius hätte sich wohl versucht sehen können, bei dieser Gelegenheit einen Eklat herbeizuführen, um sich gegenüber den Nationalisten zu rehabilitieren. Er habe weise gehandelt, ihn zu vermeiden mit Rücksicht darauf, daß Hilfe für Deutschland unerlässlich sei. In seiner gemäßigten Form hat Dr. Curtius tatsächlich die Frage der Vertragsrevision und die der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages aufgerollt.

Handstreich der Heimwehr.

Mehrere Amtsgebäude in der Steiermark besetzt.

— Wien, 14. September.

In den obersteirischen Ortschaften Bruck, Kahlenberg, Judenburg und Schladning erschien um 2 Uhr früh bewaffnete Heimwehr und versuchte, die Städte militärisch zu besetzen. Der Bundesführer der Heimwehr, Dr. Pfelemer, verammelte um 2.30 Uhr früh in Judenburg die Unterführer um sich. Auf seine Weisung wurden in einigen Ortschaften Plakate angehängt, in denen es heißt, daß alle Gendarmerie- und Heeresbeamten ihres Dienstes enthoben seien. Die Heimwehr übernehme die Staatsgewalt.

Polizei, Gendarmerie und Bundesheer sind in den betreffenden Gebieten in Bereitschaftszustand gesetzt worden. In Kirchdorf in Oberösterreich hatte der örtliche Heimatschutz die Bezirkshauptmannschaft besetzt; diese wurde jedoch von Gendarmerie aus Linz und Bundesmiliz sofort geräumt. Dabei wurden zwei Führer des Heimatschutzes verhaftet. Die Bundesregierung hat im eigenen Wirkungskreis und durch die Landesregierungen sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet. Im übrigen Bundesgebiet und in der Hauptstadt herrscht Ruhe.

Mahnung zur Besonnenheit.

Ein Aufruf der Sozialdemokraten.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ verbreitete die Meldung von dem Putz in einem Extrablatt gleichzeitig mit einer Mahnung zur Besonnenheit. In dem Aufruf heißt es:

Gewissenlose Abenteuer haben in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not und wichtiger Krisenverhandlungen einen Tollhausstreich gegen die Republik und die Demokratie gewagt. Der obersteirische Irrsinn wird in wenigen Stunden zusammenbrechen. Die Arbeiterkraft und ihr Schutz-bund sind in Bereitschaft. Sie werden, wenn es notwendig ist, die Republik und die Demokratie zu schützen wissen. Zunächst aber hat die Staatsgewalt gegen die frechen Gesetzesbrecher einzuschreiten. In das Zuchthaus mit den Putzisten, wo sie schon lange hingehören! Arbeiter, Republikaner, eiserne Disziplin und eiserner Wille ist in dieser Stunde das Wichtigste! Keine selbständigen Aktionen! Hal-tet euch bereit, wenn die Sozialdemokratie euch ruft!

Die Hitlerbewegung lehnt ab.

Die Landeszeitung der Nationalsozialistischen Arbeiter-partei (Hitlerbewegung) erklärt, daß sie mit der Aktion der Heimwehr in keinerlei Verbindung steht und diese auch ablehne.

Die Wiener Polizei hat sämtliche Bundesgebäude besetzt. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften haben in einem Ultimatum vom Bundeskanzler sofortige Gegenmaßnahmen verlangt, andernfalls sie zur Selbsthilfe schreiten würden. Die Bundesregierung hat sofort

eine Reihe von Haftbefehlen

erlassen, u. a. auch gegen Dr. Pfelemer. Wie verlautet, soll Heimwehrführer Starhemberg die Linzer Garnison aufgefordert haben, sich ihm anzuschließen, wurde aber abgewiesen.

— Die Notverordnung über die Sparmaßnahmen der preussischen Regierung soll am Dienstag veröffentlicht werden.

Entschliebung des 12. Westfälischen Beamtentags

Der 12. Westfälische Beamtentag verkennt nicht, daß von der Gesamtheit des Volkes zur Ueberwindung der Volks- und Wirtschaftsnot gewaltige Anstrengungen gemacht werden müssen. Große Opfer und Entbehrungen sind unvermeidbar. Sie sind leichter zu ertragen, wenn die Gewähr besteht, daß die Opfer gerecht und gleichmäßig verteilt werden.

Der Beamtentag muß jedoch feststellen, daß die bisherige Lastenverteilung im wesentlichen auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger erfolgt ist. Die Notgesetzgebung der letzten Zeit legt der Beamtenschaft die schwersten Opfer auf. Darüber hinaus zerstört sie die mühsam aufgebaute Einheitlichkeit der deutschen Beamtenschaft; sie erschüttert die rechtliche und wirtschaftliche Grundlage des Berufsbeamtentums überhaupt und vernichtet die berufliche und wirtschaftliche Existenz des Beamtennachwuchses.

Der 12. Westfälische Beamtentag erklärt nachdrücklich, daß die Grenze des Tragbaren bereits erreicht ist. Die seelische Not der Beamten ist infolge der andauernden Beunruhigung und der stetig wachsenden Rechtsunsicherheit ins Unerträgliche gestiegen.

An die Beamten ergeht der dringende Appell, angesichts der ernsten Lage die Geschlossenheit der Organisation zu wahren und zu stärken.

„Wir wollen helfen!“

Staatssekretär Dr. Geib erläutert das Winter-Hilfsprogramm.

Anlässlich eines von der Liga für freie Wohlfahrtspflege in Berlin veranstalteten Presse-Empfangs führte Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium aus: Wer Arbeit und damit Brot habe, müsse sich des großen Vorpostens, den er damit vor Millionen Volksgenossen habe, bewusst werden. Zur öffentlichen amtlichen Fürsorge müsse die freigebotene Hilfe des ganzen Volkes für die notleidenden Schicksalsgenossen treten.

Zu dieser Hilfe rufen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege jetzt auf. Reichspräsident und Reichsregierung geben dem Ruf der freien Wohlfahrtspflege ein Begleitwort mit auf den Weg.

Generalsekretär Böhringer betonte, in Erkenntnis der kommenden Notlage werden die Verbände der freien Wohlfahrtspflege eine großzügige Winterhilfe in ganz Deutschland veranstalten und das Motto „Wir wollen helfen“ immer wieder dem Volke zurufen. Bei den Sammlungen werde es sich nicht nur um Geld, sondern vor allem auch um Naturalien handeln. Ein wesentliches Moment für das Gelingen der Aktion sei die Transportfrage, wozu Reichsbahn und Reichswehr ihre volle Hilfe zugesagt hätten.

Einladung an Laval überreicht.

— Paris, 14. Septbr.

Der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat Dr. Forster hat dem französischen Ministerpräsidenten Laval für den 27. September die offizielle Einladung der Reichsregierung für ihn und für den französischen Außenminister Briand nach Berlin zum Wochenende überbracht. Der französische Ministerpräsident hat die Einladung angenommen. Die Einzelheiten der Reise werden später vereinbart werden.

Franz Seldte ernstlich krank.

Bremervorhaben, 14. September.

Auf der Landesverbandstagung des Verbandes Niedersächsischen Stahlhelm machte der als Vertreter des ersten Bundesführers Franz Seldte erschienene Landesführer von Groß-Berlin, Major a. D. von Stephani, die Mitteilung, daß Seldte ernsthaft erkrankt sei und für ihn die Gefahr bestehe, auch noch den rechten Arm zu verlieren.

Polnische Willkür.

Die Schutzlosigkeit der Deutschen in Golaßow.

Kattowitz, 12. September. In der durch den Aufständischenüberfall im vergangenen Herbst bekannten Ortschaft Golaßow hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet, der ein bezeichnendes Licht auf die Rechts- und Schutzlosigkeit der Deutschen in Ostoberschlesien wirft.

Der deutsche Gemeindevertreter Johann Zug wurde kurz vor einer Gemeindevertretertagung, in der über die Unregelmäßigkeiten und Haushaltsüberschreitungen des berüchtigten polnischen Gemeindevorstehers Dollzot beraten werden sollte, verhaftet. Auf dem Gehöft des Zug erschienen neun Polizeibeamte, die sämtliche Gebäude einer gründlichen Durchsuchung unterzogen. Nach mehrstündigem Suchen fand dann die Polizei merkwürdigerweise in einem abseits gelegenen offenstehenden Schuppen, zu dem jeder Zutritt hat, ein in Sachleinand eingekerkertes vollständig verrostetes Gewehr, über dessen Herkunft Zug keine Auskunft geben konnte. Zug wurde daraufhin verhaftet.

Ohne Zweifel handelt es sich um bestellte Arbeit, um so den unangenehmen deutschen Gemeindevertreter unschädlich zu machen.

Der Vorfall erinnert an eine ähnliche Durchsuchung, die vor mehreren Monaten durch Aufständische in der evangelischen Kirche vorgenommen wurde und wobei auf dem Kirchenturm zwei blühende Gewehrpatronen gefunden wurden, die natürlich kurz vorher von Polen dort niedergelegt worden waren.

Attentat auf D-Zug.

6 Wagen abgestürzt, 22 Tote, 21 Verletzte.

— Budapest, 14. September.

In der Nacht zum 13. September ist der Schnellzug Budapest-Wien-Passau-Köln auf dem vor der Station Torbagg befindlichen Viadukt entgleist. Die Lokomotive, ein Gepäckwagen, zwei Schlafwagen und drei Personenwagen fielen in die Tiefe. Nach den bisherigen Meldungen sind 22 Fahrgäste getötet worden, 14 schwaben in Lebensgefahr.

Kurz nach dem Unfall erschienen an dem Unfallort die Rettungsmannschaften, die die Verwundeten nach Budapest Krankenhäusern brachten. Der Unfall wurde gemäß Feststellungen an Ort und Stelle durch Attentat verursacht.

Von dem Zug stürzten insgesamt sechs Wagen mit den Trümmern des gesprengten Viadukts 30 Meter tief. Da es sehr schwer ist, an die Trümmer heranzukommen, ließen sich Eisenbahner an Seilen herab und konnten mehrere Verletzte bergen.

Außer der Zündschnur fand man einen Brief, in dem stand: „Da die kapitalistische Gesellschaftsordnung uns keine Arbeit zu verschaffen vermag, so verschaffen wir uns selbst welche!“

Die Höllenmaschine.

Nach den Feststellungen des Kommandanten der Pionierabteilung bestand die Höllenmaschine aus einem kleinen Vulkanförmigen, der mit ein bis zwei Kilogramm Nitroglycerin oder Dynamit gefüllt und an dem eine kurze Zündschnur angebracht war, die durch zwei gewöhnliche Kupferdrähte mit einem elektrischen Taschenlampenelement in Verbindung stand.

Die Drähte waren so angebracht, daß sie durch den über sie hinwegfahrenden Zug in Kontakt gebracht wurden, wodurch Kurzschluß entstand, der die Zündschnur in Brand setzte, so daß der Zündstoff zur Explosion gebracht wurde.

Die Explosion

riß ein langes Schienenstück heraus, das bis zum Rande der fast sieben Kilometer entfernten flegenden Gemeinde Torbagg fortgeschleudert wurde.

Weltrekordflieger abgestürzt.

— Moskau, 14. Septbr.

Das Flugzeug „Bindestrich“ mit den französischen Fliegern Lebrun und Doret und dem Mechaniker Mesmin, das sich auf dem Flug von Paris nach Tokio befand, stürzte in der Nähe des Ural-Gebirges an der Mündung des Flusses Tannu in die Belaja im Gouvernement Ufa ab. Zwei von den drei Insassen wurden getötet. Da die bei Geldern notgelandeten Flieger den Flug bereits aufgegeben haben, ist der französische Angriff auf den Weltrekord-Weltrekord nunmehr vollständig gescheitert.

Brasilianisches Postflugzeug verunglückt

Drei Tote.

Wie die Deutsche Luft Hansa mitteilt, ist das brasilianische Postflugzeug „Bala“, als es zu einem Sonderflug von Natal nach Rio starten wollte, beim Rollen auf dem Wasser mit einem unter Wasser liegenden Brack zusammengefallen und in Brand geraten. Hierbei kamen drei Mitglieder der Besatzung ums Leben. Die Post konnte größtenteils geborgen werden.

2 Meldungen aus Ostoberschlesien zufolge soll die Baurahütte in Siemianowitz vollständig stillgelegt werden. Die Belegschaft der Hütte umfaßt gegenwärtig 3000 Mann.

Bethel.

Aus Breslau kommt die Nachricht, daß dort in der Frühe des 11. September Herr Hauptmann a. D. Julius von Pannwitz sonst entschlafen ist. Mehr als 25 Jahre lang ist der Heimgegangene in der Hauptkasseler unserer Anstalten tätig gewesen. Lange Zeit hat er noch unter Vater Bodelschwinge arbeiten dürfen. Er war ihm immer ein treuer, dienstwilliger Gehilfe und hat mit seiner schönen, klaren Handschrift manchen wichtigen Brief für ihn geschrieben. Auch als er seines vorgeschrittenen Alters wegen in den Ruhestand treten mußte, blieb er mit Bethel treu verbunden. Vor wenigen Wochen durfte er seinen 80. Geburtstag feiern. Es wurde ihm die Freude zuteil, vom Reichspräsidenten von Hindenburg, mit dem zusammen er einst am 18. Januar 1871 in Versailles Zeuge der Neugründung des Deutschen Reiches gewesen war, einen Gruß zu erhalten. Noch bis in die letzten Tage hinein hat er in Breslau, wo er zuletzt wohnte, mit lebendigem Geist an allem teilgenommen, was in Bethel geschieht. Wir gedenken des treuen Mitarbeiters in bleibender Dankbarkeit.

Christlicher Verein junger Mädchen.

Dienstag 8 Uhr: Bethelgruppenabend, ältere Abteilung, im Gruppenaal.
Mittwoch abend: Vereinsstunde.

Christlicher Verein junger Männer.

Seute, Montag, Männerchor in „Ephrata“.

Filmvorführung.

Am Mittwoch, den 23. September, wird im großen Saale des Affapheums der Kulturfilm

„Am Rande des ewigen Eises“

zur Vorführung kommen.

Der Film führt uns zu den Lappländern und bringt Bilder aus ihrem Leben in den verschiedenen Jahreszeiten. Außer der Tierwelt, von der mancherlei interessante und belehrende Bilder gezeigt werden, findet auch noch der Fischfang besondere Berücksichtigung.

Die Veranstaltungen finden statt:

nachm. um 2 Uhr für die Insassen der Frauenhäuser, nachm. um 1/2 5 Uhr für die Insassen der Männerhäuser, abends um 1/2 8 Uhr für jedermann.

Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf für Erwachsene — 70 RM, für Jugendliche — 40 RM, an der Abendkasse — 80 RM bzw. — 50 RM.

Alfotto verstärkter echter Schwarzwälder

Sichtennadel-Stranzbranntwein

vereint die Wirkung des Franzbranntweins mit der des reinen Sichtennadels der Schwarzwaldnadelbäume. Er ist ein hochwertiges Einreibungsmittel von durchgreifender Wirkung bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nerven- und Kopfschmerzen. Kräftigt überanstrengte Nerven und Muskeln. Vorzügliches Kopf- und Haarpflegemittel besonders bei Haarausfall. Originalfl. Gr. I 1.75, Gr. II 3.—, Gr. III 5.—, Gr. IV 9.—. Sichtenn.-Tabletten, reine Extraktware 10 Tabl. 2.—. Reine Sichtenn.-Del-Seife, für empfindliche Haut 6 Stk. 2.50, große 6 Stk. 4.50. Nachtschneidlagen 3 Stk. 1.—, stark mit Sichtenn.-Del getränkt.

Alfred Hottenbacher, Wiesbaden, Postfach 18

Bethel bei Bielefeld.

Die staatl. anert. Haushaltungsschule

Edardshaus der Westf. Diakonissenanstalt Carepla

bietet in ihrem Internat christl. Familienausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Zeitung d. Schule.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Kuttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Statt Karten

Die Verlobung meiner Tochter Marie-Luise mit Herrn Gerhard Schulz zeige ich an
Gertrud Budde
geb. Ahlen
Bethel, September 1931
Grenzweg 4

Unsere Verlobung geben wir bekannt
Marie-Luise Budde
Gerhard Schulz
Berlin-Friedenau

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einpenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Bfg. Bestellgeld. Nichtzutreffendes streichen.

Junglehrer

aus christl. Fam. sucht Lehrerstelle (Hauslehrerstelle nicht ausgeschlossen). Selbster ist Sohn größerer Familie, die in großer Not ist.
Jakob Köhm, Traisa-Barmstadt 2 — Land.

Abgebauter

taufm. Bürobeamter

sehr fleißig, treu, gewissenhaft, sucht Anstellung als taufm. Büroangestellter ab 1. Okt. od. später für bestehendes Monatsgehalt. Angebote erbittet
Pastor Erdmann, Stargard i. L.

Der dies/jährige

Heidschnuckenlammfleisch-Versand

hat begonnen. Postpaket 1/2 Braten, 1/2 Kochfleisch einschl. Porto und Verpackung 8,50 M. Größere Mengen, Bahnversand, Angebot auf Anfrage.

Arbeiter-Kolonie, Freistadt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover).

Kurhaus Monbachtal

(Christliches Erholungsheim) im Schwarzwald

wunderbar gelegen am Ausgang des wildromantischen Monbachtals zwischen Höhen und Wäldern, Wiesen und Wassern. Ozonreiche und staubfreie Luft. Herrliche Umgebung. Idealer Familienaufenthalt. Beste Verpflegung. Preise um 15% ermäßigt 4,50—5,50 Mk. Das ganze Jahr geöffnet. Eigener Badeplatz an der Nagold. Eigene Autoverbindung mit Bad Liebenzell. 2 Min. entfernt vom Bahnhof Monbach-Neuhausen. Prospekte auf Wunsch.